









Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Zahlstellen-Anzeigen die 3 geteilte Kolonnen-Weile 60. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von H. Brey. Druck von E. A. S. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Heinrich Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaitrasse 7, 2. St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

### Unser Kriegerverbandstag.

(Ein Nachwort.)

Ueber die Verhandlungen unsres Kriegerverbandstages haben wir in der vorigen Nummer des Verbandsorgans eingehend berichtet. Aufmerksam Leser haben aus dem Bericht nicht nur die Beschlüsse, sondern auch den Gang der Verhandlungen und damit das Für und Wider bei den einzelnen Fragen kennen gelernt. Trotzdem dürfte ein kurzes Nachwort, das die Ergebnisse zusammenfasst, nicht überflüssig sein.

Einleitend sei noch einmal betont und unterstrichen, daß der Verbandstag durchaus ruhig und sachlich, ohne jeden nachklingenden Miston verlaufen ist, daß bei allen Zeitnehmern das Bestreben herrschte, dem Ganzen zu dienen und zu nützen. Gewiß traten bei einzelnen Punkten Kritiker auf, gewiß fanden die Maßnahmen des Vorstandes nicht bei allen Teilnehmern uneingeschränkte Zustimmung. Aber die Kritik blieb immer sachlich und wurde in verständlichen Formen geäußert, so daß sie nicht verletzte, sondern anregte. Hinter der Kritik stand immer das Bestreben, dem Verbande zu dienen, und auf oder mit diesem Hintergrunde ist sie immer ein Hebel des Fortschritts. In normalen Zeitläuften wäre es gewiß überflüssig, auf diesen ruhigen, sachlichen Verlauf des Verbandstages ausdrücklich hinzuweisen weil wir ja andres nicht gewöhnt sind. Doch in der Gegenwart, wo das Mißtrauen emsig gesät wird und üppig wächst, ist es doppelt befriedigend, feststellen zu können, daß diese Saat in unserm Verbande Boden nicht gefunden hat. Und wir knüpfen daran gern die Hoffnung, daß sie auch in Zukunft bei uns Boden nicht finden wird.

Die Beschlüsse des Kriegerverbandstages betreffen fast alle Seiten unsrer Verbandstätigkeit. Zunächst ist das Eintrittsgeld von 50 Pf. auf 1 Mk. heraufgesetzt worden. Die Befürworter dieser Heraufsetzung erwarteten davon eine größere Wertschätzung des Verbandes bei den neu eingetretenen Mitgliedern. Die Gegner der Heraufsetzung beschränkten sich auf eine Hemmung der Verarbeit. Die Zukunft wird lehren, welche Auffassung mehr für sich hat.

Die Beitragsbemessung bildete den Hauptteil der Beratungen. Dabei muß festgehalten werden, daß alle Delegierten die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung anerkannten. Selbst zwei Delegierte, die mit einem gebundenen Mandat gekommen waren, das sie verpflichtete, gegen die Beitragserhöhung zu stimmen, erklärten unter dem Gewicht der für eine solche angeführten Gründe, daß sie eines Besseren belehrt seien und für ihre Person eine Beitragserhöhung als berechtigt anerkennen mußten.

Diese Einmütigkeit erstreckt sich jedoch nicht auf den Umfang der Beitragserhöhung. Da gingen die Meinungen weit auseinander. Einige Delegiertemeinten, mit einer Erhöhung um 5 Pf. die Woche auszukommen zu können, andre hielten eine wesentliche Erhöhung für notwendig und durchführbar. Daß dabei die Delegierten aus Orten ohne Hausindustrie über niedrigen Lohnstand klagten und Rücksicht auf ihre Verhältnisse forderten, ist verständlich, obgleich die Wirkung des Verbandsbeitrages auf den Haushaltetat weit geringer ist als es nach den Ausführungen einzelner Delegierten scheinen könnte.

Der Vorstand hatte dem Verbandstag eine Vorlage unterbreitet, nach der die Staffellehre für das ganze Verbandsgebiet eingeführt werden sollten. Die zur Vorberatung der Anträge eingesetzte Kommission hat sich jedoch gegen eine weitergehende Staffelung erklärt und die bisherigen drei Beitragsklassen zugrunde gelegt. Gegen die Staffellehre wurde ins Feld geführt, daß die Verteilung der Mitglieder in die einzelnen Klassen zu Schwierigkeiten und Unstimmigkeiten führen würde. Werde der Arbeitsverdienst des einzelnen Mitglieds für die Zuweisung als Maßstab genommen, so läge die Entscheidung bei jedem Mitgliede, das ja über seinen Verdienst beliebige Auskunft geben oder jede Auskunft ablehnen könne. Werde aber, wie der Vorstand vorschlug, die Entscheidung den Zahlstellen überlassen, die einen dem durchschnittlichen Lohn innerhalb der Zahlstelle angemessenen Einheitsbeitrag wählen, aber auch, bei unterschiedlichen Lohnverhältnissen, bis zu drei Beitragsklassen einführen könne, so sei damit ein fändiger Streitgegenstand zwischen Zahlstellen und Vorstand geschaffen. Denn ohne Frage würde nicht gerade wenig Zahlstellen bestrebt sein, für sich einen möglichst niedrigen Beitrag festzusetzen, während naturgemäß der Vorstand bemüht sein müßte, recht viele Zahlstellen in die höheren Beitragsklassen zu bekommen. Die Auffassung, daß die niedrigen Klassen bei Staffellehren bevorzugt würden, war bei den Gegnern der Staffellehre fast allgemein. Einer faßte diese Ansicht in den drastischen Satz zusammen: „Die Anhänger der Staffellehre wollen die niedrigen Klassen für sich und die hohen für die andern“. Gegen diese Verallgemeinerung wehrten sich Befürworter der Staffelung recht entschieden. Der Verbandstag schloß sich in dieser grundlegenden Frage den Anschauungen der Kommissionsmehrheit an und verwarf sowohl die Vorlage des Vorstandes wie auch alle Anträge, die Staffellehren anstrebten. Auch einen Antrag Hamburg, der die 75-Pf.-Klasse als Zwangsklasse einführen wollte. Da der Vorstand mit seiner Vorlage mehr den oft geäußerten Wünschen aus Mitgliederkreisen, vor allem auf Verbandstagen, Rechnung tragen wollte, als eigene Lieblingspläne verwirklichen, wußte er diese Entscheidung des Verbandstages ohne Enttäuschung hinnehmen können.

Die Erhöhung des Beitrages ist an sich nicht unbedenklich. Sie beträgt 10 Pf. in der untersten, 15 Pf. in der zweiten und 20 Pf. in der höchsten Klasse. Dieser Erhöhung steht jedoch eine erhebliche Steigerung der Gegenleistungen des Verbandes gegenüber. Bei der Erwerbslosenunterstützung ist zunächst die Bezugszeit verlängert worden. Bisher konnte ein Mitglied nach 52 Wochenbeiträgen für 24 Tage Unterstützung erhalten, in Zukunft erhält es für 30 Tage. Die bisherige Höchstgrenze für die Bezugszeit mit 60 Tagen nach zehnjähriger Mitgliedschaft ist auf 72 Tage nach zwölfjähriger Mitgliedschaft heraufgesetzt worden. Es ist auch eine andre Staffelung der Bezugszeiten und der Steigerungsräume vorgenommen worden. Ferner sind die Unterstüzungssätze in den einzelnen Beitragsklassen erhöht worden. In der untersten Beitragsklasse wurden früher 50 Pf. pro Tag als niedrigster und 75 Pf. als höchster Satz gezahlt; nach den neuen Beschlüssen werden 60 Pf. bis 1 Mk. gezahlt. In der Beitragsklasse für männliche Mitglieder ist der Anfangssatz von 1 Mk. auf 1,20 Mk., der Endsatz von 1,50 Mk. auf 2 Mk. erhöht worden. In der höchsten Beitragsklasse, der die Mitglieder freiwillig beitreten können, steigt der Anfangssatz von 1,20 Mk. auf 1,40 Mk., der Höchstsatz von 2 Mk. auf 2,50 Mk. für den Tag. Infolge der gleichzeitigen Steigerung der Bezugszeit und der Unterstüzungssätze steigen die Gesamtsummen, die bei einem Unterstüzungsfalle bezogen werden können, erheblich. Nach einjähriger Mitgliedschaft steigt er in der untersten Beitragsklasse von 12 auf 18, in der mittleren von 24 auf 36, in der oberen von 28,80 auf 42 Mk. Die höchste, überhaupt für einen Unterstüzungsfall zu beziehende Summe steigt in der untersten Klasse von 45 auf 72, in der mittleren von 90 auf 144 und in der oberen von 120 auf 180 Mk. Das sind Steigerungen, die sehr beträchtlich sind und die einen weitgehenden Ausgleich für eine Beitragserhöhung bieten.

Stark erhöht sind außerdem die Sätze der Streit- und Gemäßregelungenunterstützung. Nachstehende Gegenüberstellung der neuen und der alten Sätze zeigt das:

	früher	jetzt	früher	jetzt	früher	jetzt
	25 Pf.	35 Pf.	45 Pf.	60 Pf.	55 Pf.	75 Pf.
	Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag	Beitrag
von 13—26 Wochen	6,—	8,—	10,—	14,—	10,—	16,—
von 26—52	7,50	10,—	12,—	16,—	12,—	18,—
über 52	9,—	12,—	14,—	18,—	14,—	20,—

Die Erhöhung der Sätze schwankt zwischen 33 und 60 Prozent und darf im Durchschnitt auf 40 Prozent veranschlagt werden. Die bisherigen Zuschläge für Kinder sind in der alten Höhe bestehen geblieben. Die Belastung der Hauptklasse durch diese Erhöhung ist rechnerisch nicht festzustellen, weil die Ausgabe für Streiks sehr starken Schwankungen unterliegt. In dem Jahrsfünft 1909 bis 1913 wurden rund 3 1/2 Millionen Mark, in jedem Jahre also durchschnittlich 700 000 Mark, für Streiks ausgegeben. Rechnen wir, daß davon 500 000 Mark auf Streitzulagen entfielen, die in der bisherigen Höhe bestehen bleiben, so bleiben 650 000 Mk. als Rest, für den eine Steigerung um 40 Prozent gleich 260 000 Mark pro Jahr zu erwarten ist, wenn Zahl und Umfang der Streiks sich in den Grenzen halten, die wir in den Jahren vor dem Kriege hatten. Es gibt jedoch nicht wenig Kollegen, die eine Steigerung für die Jahre nach dem Kriege voraussagen, dann wäre die Mehrausgabe entsprechend höher.

Bei der Steigerung der Erwerbslosenunterstützung wird die Mehrausgabe kaum weniger betragen als bei der Streikunterstützung, so daß diese beiden Erhöhungen dem Verbande eine Mehrausgabe von 500 000 Mk. aufbürden, wenn — was immer die große Frage bleibt — die Zeiten nach dem Kriege sich von denen vorher nicht allzu sehr unterscheiden.

Der Verbandstag hat außerdem beschlossen, daß den Zahlstellen von den erhöhten Beiträgen auch ein erhöhter Anteil zugewiesen werden soll. Das voraussichtliche Mehr wird nach dem jetzigen Mitgliederstande auf etwa 100 000 Mark im Jahre bemessen. Bei Rückkehr unsrer Kollegen aus dem Felde und beim Wachstum des Verbandes wird es steigen.

Endlich hat der Verbandstag beschlossen, den Familien der eingezogenen Kollegen auch für 1917 eine Weihnachtsgabe in der Höhe von 6 Mk. zu geben. Für die einzelne Familie ist das gewiß ein recht bescheidener Betrag, für den ganzen Verband wird als Ausgabe das nicht unerhebliche Summchen von 400 000 Mark dabei herauskommen.

Alle diese Mehrausgaben zusammengenommen beanspruchen einen sehr erheblichen Teil der Beitragserhöhung. Wie groß der Teil sein wird, müssen die nächsten Jahre lehren. Es ist ja heute alles so unübersichtlich und unsicher, daß Rechnungen auf die Zukunft mit äußerster Vorsicht aufgestellt werden müssen. Es kann deshalb auch heute noch gar kein Urteil darüber gefällt werden, ob die Beschlüsse des Kriegerverbandstages uns allen Zukunftsaufgaben gegenüber ausreichend rüsten. Wohl aber dürfen wir von ihnen erwarten, daß sie der ersten Not lehren werden und daß das Verbandsmitglied jetzt noch sicherer in die Zukunft schauen kann als vorher.

Von den sonstigen Beschlüssen des Verbandstages sollen hier nur diejenigen kurz gestreift werden, die einer nicht vorurteillosen Kritik Stoff zu „zeitgemäßen“ Zwischenbemerkungen geben könnten.

Der Verbandstag hat Anträge des Vorstandes angenommen, die dem Vorstand ein Einspruchsrecht bei Anlage und Verwendung der Lokalfassengelder einräumen und das Eigentumsrecht des Verbandes am Bar- und Sachvermögen aufgelöst oder abgetrennter Zahlstellen im Statut festlegen. Diesen Anträgen hatte eine vorläufige Kritik in einem Teil der Parteipresse Gründe unterstellt, die mehr ein schlechtes Gewissen der Kritiker als auch Kenntnis der einschlägigen Verhältnisse in unserm Verbande verteilten. Der Verbandstag hat solchen Kritikern die rechte Antwort dadurch erteilt, daß er die Anträge nach kurzer Aussprache gegen ganz wenig Stimmen annahm. Ebenso einmütig lehnte er die Anträge ab, die ihre Spitze gegen die Angeestellten des Verbandes richteten und teilweise nur aus den gegenwärtigen, mit Mißtrauen geschwängerten Zeitverhältnissen erklärlich waren.

Alles in allem soll am Schlusse dieser Nachschau noch einmal wiederholt werden, daß unser Kriegerverbandstag so verlaufen ist, wie das alle Freunde des Verbandes wünschten und hofften. Unsre Kollegen im Felde werden sich mit uns daheim darüber freuen und, wenn sie in unsre Reihen zurückgekehrt sind, das ihrige tun, um den Geist brüderlichen Verständnisses und gewerkschaftlichen Einigkeitenswillens auch in aller Zukunft zu erhalten und zu pflegen.

### Eindrücke vom Verbandstage.

Ich muß offen gestehen, daß ich mit einem gewissen Angstgefühl auf den Verbandstag gegangen bin. Anlaß dazu gab in erster Linie die schwere verantwortungsvolle Aufgabe, die ihm vorstand und nicht zuletzt die Meinungsverschiedenheiten, die meiner Meinung nach in größerem Maße bestehen würden. Zu meiner Beruhigung muß ich aber feststellen, daß die Verantwortung durch fast einmütige Uebernahme bedeutend erleichtert wurde. Was die zweite Frage anbelangt, so gibt es zwar Meinungsverschiedenheiten in gewissen Punkten, aber die hat es auch vor dem Kriege gegeben und die wird es auch nach dem Kriege geben.

Die Berichte der Vorstandsmitglieder, vor allem das Referat des Kollegen Brey über „Die Lage des Verbandes und seine Aufgaben“, haben auf die Delegierten tiefen Eindruck gemacht. Es wird manches Urteil über den Vorstand eine Aenderung erfordern haben; denn die Worte des Kollegen Brey waren so einordnend, daß sie nicht unbeachtet bleiben konnten. Schwere Prüfungen müßte unsere Organisation während des Krieges durchmachen, um so erquicklicher lang das Wort des Kollegen Brey: „unsre Organisation ist gerettet“. Die weiteren Ausführungen des Kollegen Brey gaben Zeugnis dafür, daß unser Verband auch für die kommende Zeit gerüstet ist.

Bei der Diskussion über die Hauptaufgabe des Verbandstages, über die Ratifizierung des Vorstandes bzw. über die Abänderungsvorschläge der Statutenänderungskommission, zur Regelung des Beitrags- und der Unterstüzungssatzes, gingen die Meinungen auseinander. Darüber, daß einmütig getan werden müßte, waren sich alle Delegierte einig. Ich hatte das Gefühl, daß jeder der Delegierten das Beste wollte, daß aber die Verhältnisse der einzelnen Zahlstellen wie die der Gasse eine besondere Rolle spielten. Doch, das ist erklärlich, denn die Einkommensverhältnisse unsrer Kolleginnen und Kollegen sind eben verschieden, und darauf muß jeder Rücksicht nehmen. Wir können ruhig aussprechen, daß es keine Organisation in Deutschland gibt, bei denen die Einkommensverhältnisse ihrer Mitglieder so verschieden sind, wie bei uns. Die Meinung, daß deshalb die Leistungen für den Verband verschieden sein sollten, ist verständlich. Eine Anzahl Delegierte hielt deshalb die Vorlage des Vorstandes, die Staffellehre der Beiträge, als den Verhältnissen unsrer Kolleginnen und Kollegen eher entsprechend. Nachdem aber die Mehrheit dem Vorschlag der Kommission zugestimmt hat, werden sich auch die Kollegen mit obiger Meinung fügen und für die Beschlüsse eintreten.

Was die andern Anträge betrifft, so ließe sich ja manches darüber sagen, aber es würde zu weit führen. Im großen ganzen habe ich das Empfinden, daß eine wesentliche Aenderung des bisherigen Bestehens nicht eingetreten ist. In der Diskussion über die Auszahlung der Weihnachtsgabe für das Jahr 1917 traten die gleichen Momente zu Tage wie bei der Beratung der Beitrags- und Unterstüzungssatzes; auch hier traten die örtlichen Verhältnisse der einzelnen Zahlstellen in den Vordergrund. Einzelne Delegierte hielten die Auszahlung für notwendig, andre hofften auch ohne dieselbe eine Schwermut zu bekommen. Die Zahl der letzteren war aber kleiner, was denn auch zur Beschlußfassung der Auszahlung führte.

Wenn wir nun alles zusammenfassen, so wird man sich des Eindruckes nicht erwehren können, daß der Verbandstag gute und nützliche Arbeit geleistet hat. Jeder hatte das Bestreben, der großen Sache zu dienen, und ich möchte mich den Worten des Kollegen Brey anschließen: „möge unsre Arbeit für eine einig und geschlossene Organisation geknüpft worden sein.“  
Theodor L. Derer, Kämpfer.

### Die Lohnbewegungen des Jahres 1916.

In der Statistischen Beilage zu Nr. 50 des „Korrespondenzblattes“ wird über Umfang, Art und Erfolg der Lohnbewegungen des Jahres 1916 berichtet. Einleitend wird auf die steigende Teuerung und die starke Ausnutzung der Arbeitskraft als Triebkräfte für die Erhebung von Lohnforderungen hingewiesen. Dabei wird betont, daß die Gewerkschaften bei der Durchführung der Bewegungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen im Jahre 1916 große Einsicht bewiesen haben. Es fanden zwar, entsprechend der Steigerung der Lebensmittelpreise, Bewegungen in weit größerer Zahl und erheblicherem Umfange als in den Vorjahren statt, sie verliefen jedoch in der Hauptsache friedlich, und nur in verhältnismäßig wenigen Fällen kam es zur Arbeits Einstellung. Und es ist für die Arbeiter bezeichnend, daß es sich für sie bei diesen Bewegungen in überwiegendem Maße um die Erreichung von Lohn erhöhungen bzw. Teuerungszulagen handelte und nur in ganz untergeordneter Weise das Verlangen nach einer Verkürzung der Arbeitszeit oder andre Ursachen in Frage kamen. Es heißt dann weiter in dem angeführten Bericht: Dieses Verhalten zeigt

davon, daß die Arbeiterschaft mit ihren Bewegungen nur ihre Existenzmöglichkeit durch einen Ausgleich der gestiegenen Ausgaben mit höheren Einnahmen zu wahren suchte, dagegen alle andern Fragen, besonders die wichtigste, eine Verkürzung der Arbeitszeit, im Interesse eines ungestörten Produktionsganges zurückstellte. Und wenn man nun das Ergebnis der Bewegungen an erreichten Lohnaufbesserungen, wie es die Statistik ausweist, betrachtet, so wäre es verwerflich, zu behaupten, daß ein solcher Ausgleich zwischen Kosten der Lebenshaltung und Einnahmen erzielt worden wäre. Trotzdem unterließen es die Arbeiter fast durchweg, durch Streiks höhere Forderungen durchzusetzen, obschon bei dem Mangel an Arbeitskräften und der fieberhaft gesteigerten Produktion in der Kriegsjahresindustrie die Situation für sie durchaus günstig lag. Die Arbeiter unterließen es, Machtposten zur Durchsetzung ihrer Forderungen heraufzubeschwören.

**Art und Umfang der Bewegungen.**

An der Statistik des Jahres 1916 haben sich von den der Generalkommission angeschlossenen Verbänden nur 28 beteiligt. Diese hatten zusammen 6991 Bewegungen, die sich auf 20 778 Orte, 56 947 Betriebe mit 1 919 359 Beschäftigten erstreckten. An den Bewegungen beteiligt waren 1 464 833 Personen, darunter 394 698 weibliche. In 6849 = 98 Prozent Fällen mit 1 450 194 Beteiligten = 99 Prozent verliefen die Bewegungen friedlich, und nur in 142 Fällen kam es zur Arbeitseinstellung, von denen 14 639 Personen = 1 Prozent der Gesamtzahl aller Beteiligten betroffen wurden. An Zahl der Bewegungen übertragt das Kriegsjahr 1916 die letzten beiden Vorjahre ganz erheblich, und an Zahl der Beteiligten steht es von allen Berichtsjahren (seit 1905) an erster Stelle.

Die nachfolgende Zusammenstellung gibt eine Uebersicht über die Zahl und den Umfang der Bewegungen in den einzelnen Jahren seit 1905, wo erstmalig die Erhebungen auch auf die friedlich verlaufenden Bewegungen ausgedehnt wurden.

Jahr	Es fanden statt Bewegungen				Es waren beteil. Personen an der Bewegung					
	ohne Arbeitseinstellung		mit Arbeitseinstellung (Streiks u. Ausperr.)		ohne Arbeitseinstellung		mit Arbeitseinstellung (Streiks u. Ausperr.)			
	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%	Zahl	%		
1905	5291	2963	56,1	2423	43,9	890 470	382 510	43,0	507 960	57,0
1906	8150	4670	57,3	3480	42,7	917 748	601 706	65,6	316 042	34,4
1907	7559	5067	67,1	2492	33,0	806 265	525 235	65,1	281 030	34,9
1908	6659	3607	54,2	3052	45,8	576 317	449 434	78,0	126 883	22,0
1909	6552	4 07	62,0	2485	38,0	480 205	348 961	72,7	131 244	27,3
1910	9699	6196	64,0	3503	36,0	1 025 542	656 531	64,0	369 011	36,0
1911	9677	6756	69,9	2921	30,1	1 011 669	686 416	67,9	325 253	32,1
1912	9971	7133	71,6	2838	28,4	1 254 358	774 769	61,8	479 589	38,2
1913	9929	7372	74,3	2557	25,7	1 214 523	965 537	79,5	248 986	20,5
1914	14 866	11 571	77,9	3295	22,1	1 613 047	1 016 246	62,9	596 801	37,1
1915	17 419	13 683	78,2	3736	21,8	1 818 467	1 166 246	64,3	652 221	35,7
1916	26 691	18 619	69,7	8072	30,3	2 464 833	1 450 194	58,9	1 014 639	41,1

Das in den Kriegsjahren erfolgte stärkere Eindringen der Frauen in die Berufsarbeit auch in der Statistik der wirtschaftlichen Bewegungen durch die vermehrte Zahl beteiligter weiblicher Personen zum Ausdruck. Es betrug ihre Beteiligung: 1913: 6,4, 1914: 9,5, 1915: 15,5 und 1916: 16,0 Prozent der Gesamtzahl.

Der Ausgang aller Bewegungen war in 5786 Fällen gleich 82,2 Prozent (1915: 76,1), mit 1 054 488 Beteiligten = 72,0 Prozent (59,0) erfolgreich und in 1141 Fällen = 16,3 Prozent (20,9) mit 404 695 Personen = 27,6 Prozent (36,4) teilweise erfolgreich. 64 Bewegungen mit 5600 Beteiligten hatten keinen Erfolg. Im allgemeinen waren die Bewegungen im Jahre 1916 von dem gleichen Erfolg, als die im Vorjahre geführten. Der Anteil der mit teilweise erfolgreich abgeschlossenen Bewegungen ist zwar sowohl nach den Fällen als auch den Beteiligten geringer als 1915, dagegen ist der Prozentsatz der erfolgreich beendeten Bewegungen entsprechend höher, und der Anteil der Beteiligten an diesen Bewegungen übertragt erheblich das Ergebnis des Vorjahres. Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen verurteilten eine Gesamtansgabe von 149 380 Mk.

Von den 6849 Bewegungen, die ohne Arbeitseinstellung verliefen, waren 6580 Angriffs- und 269 Abwehrbewegungen; an den ersteren waren 1 434 775 und an den letzteren 15 419 Personen beteiligt. In 6712 Fällen wurden die Bewegungen durch Vergleichsverhandlungen beendet. Davon 1959 durch Verhandlungen zwischen den einzelnen Unternehmern und ihren Arbeitern, 3130 zwischen Vertretern von Unternehmer- und Arbeiterorganisationen, 33 von dem Einigungsamt oder dem Vorstehenden des Gewerbegerichts, 1563 von dritten Personen und 27 unter Mitwirkung von Militärbehörden.

Angriffswerte wurden 111 geführt und nahmen daran 10505 männliche und 1731 weibliche, zusammen 12 236 Personen teil. In 108 Fällen handelte es sich um verlangte Lohnbesserungen und in drei Fällen um Verkürzung der Arbeitszeit und Lohnbesserungen. Von diesen Streiks waren 88 mit 12 203 Beteiligten erfolgreich, 15 mit 659 Beteiligten teilweise erfolgreich und acht mit 374 Beteiligten erfolglos.

Abwehrwerte fanden 28 statt; es wurden davon 1268 Personen, darunter 253 weibliche, erfaßt. Die Ursachen dieser Streiks waren in vier Fällen Mißachtung, in 10 Fällen Lohnbesserung, in einem Falle eine Verlängerung der Arbeitszeit, und in 13 Fällen entstanden sie aus anderen Ursachen. Von den Abwehrstreiks endeten 24 mit 1077 Beteiligten erfolgreich, einer mit 5 Beteiligten war teilweise erfolgreich und drei mit 182 Beteiligten blieben erfolglos.

In Ausperrungen kam es in drei Fällen; davon wurde nur der Hofsarbeiterverband betroffen. Die Zahl der Ausgesperrten betrug 135.

**Die Erfolge der Bewegungen.**

Durch die im Jahre 1916 geführten Bewegungen haben insgesamt 1 447 032 Personen eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen erreicht bzw. eine Verschlechterung derselben abgewehrt. Die Summe der erreichten Arbeitszeitverkürzungen ist nur gering, und ist nur ein kleiner Teil Personen davon beteiligt, dagegen sind in ganz erheblicher Reihe Lohnbesserungen errungen worden; die Gesamtsumme derselben übersteigt bei weitem das Ergebnis der früheren Jahre. Die nachfolgende Zusammenstellung gibt eine Uebersicht über die Errungenschaften in den einzelnen Jahren seit dem Jahre 1905, wo erstmalig die Erfolge der Bewegungen in der Statistik einbezogen wurden.

Jahr	Es wurde erreicht								
	Arbeitszeitverkürzung			Lohnbesserung			Sonstige Verbesserungen		
	für Personen	zusammen Stunden pro Woche	durchschnittl. pro Std.	für Personen	zusammen Markt pro Woche	durchschnittl. für je Person Markt	in Fällen	für Personen	
1906	183 658	686 137	3 7/8	412 331	857 524	2 08	2975	320 770	
1907	337 441	1 238 725	3 7/8	684 157	271 208	1 86	6541	659 787	
1908	245 695	900 739	3 7/8	497 963	955 871	1 92	5015	532 140	
1909	59 324	183 751	3	236 641	365 923	1 55	1577	175 687	
1910	66 794	215 813	3 1/4	243 400	429 744	1 77	178	136 203	
1911	344 570	756 564	3 1/4	827 627	1 815 537	2 19	3 43	491 838	
1912	293 316	760 594	2 7/8	592 066	1 058 594	1 79	4086	393 618	
1913	378 186	890 151	2 1/4	530 021	946 961	1 79	4 38	388 563	
1914	324 794	695 194	2 1/4	915 972	2 021 552	2 23	4195	434 819	
1915	50 827	139 186	2 7/8	195 298	360 818	1 87	1731	102 496	
1916	8097	33 121	4	647 978	1 448 704	2 24	425	121 320	
1916	7017	22 275	3 1/4	1 206 891	5 173 684	4 29	1099	305 940	

Es wurde 1916 erreicht eine Arbeitszeitverkürzung für 7017 Personen von zusammen 22 275 Stunden und für 1 206 891 Personen eine Lohnbesserung im Gesamtbetrage von 5 173 684 Markt pro Woche, sowie sonstige Verbesserungen der Arbeitsbedingungen für 305 940 Personen. Es wurde außerdem abgewehrt für 666 Personen eine Verlängerung der Arbeitszeit von zusammen 2195 Stunden und eine Lohnbesserung für 8265 Personen im Gesamtbetrage von 15 917 Mk. pro Woche und für 4606 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Trotz Abwehr trat ein für 81 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 40 Stunden und eine Lohnbesserung für 76 Personen von zusammen 453 Mk. pro Woche und eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für 1078 Personen. In 1413 Fällen kam es anlässlich der Bewegungen zu Tarifabschlüssen, die zusammen für 209 454 Personen Geltung haben (Eingefügt werden muß hier noch, daß sich nicht alle von den Gewerkschaften erreichten bzw. auf ihr Wirken zurückzuführenden Lohnaufbesserungen zahlenmäßig erfassen lassen. Das ist besonders der Fall bei den Teuerungszulagen sowie bei den generell vereinbarten, aber im Einzelfall „freiwilligen“ Zuschlägen zu Tariflöhnen.)

Es erheblich der Gesamtbetrag der erreichten Lohnbesserung auch erscheinen mag, so unzulänglich ist sie, gemessen an den enormen Teuerungszulagen. Sie repräsentiert gegenwärtig kaum die Hälfte des Wertes, den sie in der Zeit vor dem Kriege besessen hätte. Wie wenig die Lohnbesserungen den heutigen Verhältnissen entsprechen, läßt auch der auf jede daran beteiligte Person entfallende geringe Anteil von 4,29 Mk. pro Woche erkennen. Zwar übertragt auch dieser Durchschnittssatz ganz bedeutend den der früheren Jahre, doch kann keineswegs davon die Rede sein, daß mit einer solchen Erhöhung des Lohnes ein Ausgleich gegenüber den gestiegenen Kosten der Lebenshaltung erzielt worden wäre. Andererseits darf aber auch der Erfolg, den die Gewerkschaften durch ihre Bewegungen auch während der Kriegszeit für ihre Mitglieder erzielten, nicht unterschätzt werden. Er zeigt die Macht und den Einfluß der Verbände, die der Kriegszustand nicht zu erschüttern vermochte. Die Durchführung der Bewegungen erforderten ein reiches Maß an Arbeit, die geleistet werden mußte mit an Zahl geschwächten leitenden Kräften und neben einer Fülle von sonstigen, durch den Kriegszustand bedingten wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben.

**@@@ Aus der Industrie @@@  
Aktiengesellschaften.**

Bei Besprechung der von den Aktiengesellschaften geübten Dividendenpolitik ist hier schon häufig die gegenläufigen Interessen hingewiesen worden, die in Fragen der Gewinnverteilung vielfach zwischen den Verwaltungen und den Aktionären bestehen. Mit der Ausbreitung des Aktienwesens haben die erwähnten Gegensätze eine wirtschaftliche Bedeutung erlangt, auf die auch Walter Rathenau in einer vor kurzem veröffentlichten Broschüre „Vom Aktienwesen“ hinweist. Er unterscheidet zwei Gattungen von Aktionären. Die eine Gattung der Käufer erwartet eine angemessene Verzinsung ihres angelegten Kapitals, die andre Gattung erhofft einen Kursgewinn. Die erste Gattung, vorwiegend die größeren Vermögensverwaltungen, die nicht auf fortwährenden Wertwechsel eingerichtet sind, beginnt nach Rathenau damit, das Unternehmen hinsichtlich seiner sachlichen und persönlichen Verhältnisse eingehend zu prüfen, bevor sie sich beteiligt. Gewinnt sie Vertrauen, so wünscht sie ihren Besitz zu erhalten, freilich, indem sie ihn dauernd beobachtet und überwacht. Das ist der Daueraktionär. Die zweite Gattung, die des spekulativen Aktionärs, kauft, nicht um zu besitzen, sondern um zu verkaufen. Ihm liegt daran, daß das Unternehmen sein Erträgnis und damit seinen Kurs steigert, solange er den Anteil besitzt, und zwar möglichst rasch, damit er schnell veräußert werde, gleichviel aus welchem Anlaß und mit welchen Mitteln. Das ist der Gelegenheitsaktionär, dem es gleichgültig sein kann, was geschieht, nachdem er verkauft hat; veräußert er sich das Unternehmen, so bietet es das zumal die Veräußerung, daß er nicht zu früh verkauft hat. Es kommt vor, daß er das Unternehmen nur dem Namen nach kennt, an dessen Geschäften er teilzunehmen und mitzuwirken berechtigt ist.

Ohne Zweifel ist diese Charakteristik des Gelegenheitsaktionärs in vielen richtig, doch die vergleichende Darstellung enthält Lücken und läßt dadurch falsche Schlüsse zu, die besser nicht aufkommen. Das Heer von Gelegenheitsaktionären folgt den Kursbewegungen, die oft durch Spekulationen hervorgerufen werden, denen nach ihrer äußeren Stellung — folgt man Rathenau — gewiß der Titel „Daueraktionäre“ zugesprochen werden wird. Diese spekulativen Aktionäre sitzen oft in den Verwaltungen der Gesellschaften, deren Aktien sie verkaufen oder kaufen, oder stehen den Verwaltungen freilich außerordentlich nahe.

An wenigsten darf man nach dem Grade des besser oder schlechter Unternehmertums die Aktionäre in Dauer- und Gelegenheitsaktionäre scheiden. Mancher wird zum Gelegenheitsaktionär gerade aus der besonderen Kenntnis der Verhältnisse einzelner Gesellschaften, und das nicht gerade in seltenen Fällen. Als Maske sind die Gelegenheitsaktionäre Lotteriespieler, wobei nur nicht verstanden werden darf, daß die Beteiligung an dem Lotteriespiel, das die Hoffnung auf Kursgewinn darstellt, der deutschen Industrie

ungeheure Geldmittel zugeführt hat, Mittel, die unter andern Bedingungen für Industriezwecke kaum flüssig zu machen gewesen wären.

Die frühere Entwicklung unserer Aktiengesellschaften stand oft genug nur zu stark im Zeichen des Wunschtraumes dieser Aktionärgattung, doch dieser Zustand ist für weite Gebiete unserer Großindustrie eine überwundene Kinderkrankheit des deutschen Wirtschaftslebens. Mit dem technischen und wirtschaftlichen Aufstieg unserer Industrie, an dem in erster Reihe die Aktienbetriebe partizipierten, haben sich die Herrschaftsverhältnisse innerhalb der Unternehmungen stark verschoben. In den führenden Gesellschaften ist der Einfluß der Gelegenheitsaktionäre, wie sie Rathenau ausführt, meist geschwunden. In den Generalversammlungen dieser Betriebe sind die Reden jener Gelegenheitsaktionäre nur leere Deklamationen, eine Feststellung, mit der indessen nicht gelagt werden soll, daß Ausführungen solcher Redner immer belanglos wären; sie enthalten im Gegenteil oft sehr wichtiges Material, das seinen Wert behält, auch wenn man es nicht zur Grundlage des Vergleichens nach höherer Dividende macht, wozu es allerdings in der Regel zu dienen pflegt. An dieser Stelle bedarf es keiner Betonung, daß das System einer Dividendenbeschränkung das volkswirtschaftlich richtige ist. Von einer großen Zahl der deutschen Aktiengesellschaften ist seit einer langen Reihe von Jahren dieses System planmäßig betätigt worden, wobei diese Praxis durch den Umstand sehr erleichtert wurde, daß die Rentabilität der weitläufigsten Zahl der Aktienbetriebe auch bei vorsichtiger Gewinnverteilung sehr respektable Dividenden ermöglicht hat. Umfänglich haben die Aktienbetriebe in ständig größerem Umfang große Teile des Gewinnes zu der inneren Stärkung ihrer Betriebe zurückgehalten; diese innere Aufpolsterung machte sie in einem Maße von Konjunkturschwankungen abhängig, das früher kaum für möglich gehalten worden war. Am besten ist der Wert der inneren Kräftigung der deutschen Aktiengesellschaften in den ersten Monaten des Weltkrieges erwiesen worden.

Durchgeführt wurde diese Politik von den Verwaltungen der in Frage kommenden Aktiengesellschaften, wobei zugegeben werden muß, daß sie in den meisten Fällen zunächst nur unter Verschweigung der wirklich erzielten Gewinne betrieben werden konnte. So kamen viele Verwaltungen zu der Methode systematischer Bilanzunklarheit, deren Gefahren durchaus vermieden werden können, ohne daß deshalb dem Dividendenhunger der Aktionäre stärkere Konzessionen als bisher gemacht zu werden brauchten. Dazu bedarf es der Errichtung allgemeiner Kontrollvorrichtungen für die Aktiengesellschaften, die nach möglichst einheitlichem Schema Revisionsämtern gegenüber zu unbeschränkter Bilanzklarheit verpflichtet sein müßten. Je mehr die entscheidenden Zweige der Industrie, des Handels und des Verkehrs von Aktienunternehmungen beherrscht werden, um so weniger darf die Handhabung ihrer Geschäfte als Privatangelegenheit angesehen werden; sie sind eine Angelegenheit der Nation, sie können nach ihrer Grundlage und ihrem Aufbau auch gar nicht beanspruchen, anders als öffentliche Institutionen angesehen zu werden. Selbst wenn man zugeht, daß gerade die bedeutendsten unserer Aktiengesellschaften mit der vorher anerkannten Solidarität geleitet worden sind, wird man sich den Notwendigkeiten der eben dargelegten Forderungen für die Zukunft doch nicht verschließen können. Es war von den günstigsten Folgen für unsere Volkswirtschaft, daß die Verwaltungen einer langen Reihe von Betrieben den Aktionärsinteressen als Vertreter der Produktionsinteressen gegenüberzutreten in der Lage waren; diese Seite ihres Programms deckte sich durchaus mit dem Ziel, das auch die Arbeiterschaft in ihrem und dem Gesamtinteresse verfolgen muß und verfolgt. Den Gesellschaften, die sich finanzielle Unabhängigkeit verschaffen, also nicht von Kreditgebern abhängen, ist auch die Mäßigung bei der Dividendenverteilung natürlich wesentlich leichter als Unternehmungen, die auf große Kredite angewiesen sind und daher oft mit fremdem Willen rechnen müssen, selbst wenn die Kreditgeber nicht selbst über einen großen eigenen Aktienbesitz verfügen. Die in den Verwaltungen der industriellen Aktiengesellschaften vertretenen Banken z. B. verließen in der Regel über einen derartigen Aktienbesitz nicht; das erleichterte den Vorständen zahlreicher Industrieunternehmen die Durchführung ihrer Politik gleichfalls, weil sie sich in den Generalversammlungen geschützt saßen von Aktienmehrheiten, die die Banken aus den Depots ihrer Kunden aufbringen und den Abstimmungswünschen der Verwaltungen vorbehaltlos zur Verfügung stellen. Dieser Erfolg der Zerstückelung des Aktienbesitzes und der Zusammenfassung einzelner Aktien zumeist kleiner oder kleinerer Aktionäre durch die Großbanken mit ihren weitreichenden Fangarmen in Gestalt von Niederlassungen aller Art hat sich dergestalt häufig als wohltätig erwiesen. Andererseits führten diese Zustände dort, wo industrielle Gesellschaften mit fremder Abhängigkeit von den Banken wirklich rechnen müssen, zu einer Machtfülle der Banken und nicht selten zu einer Anwendung dieser Macht, die mit den wohlverstandenen Interessen der so kontrollierten Unternehmungen durchaus nicht vereinbar sind. Aus der Praxis sind genügend Fälle bekannt, wo Banken oder einzelne Großaktionäre nicht nur zum Schaden der übrigen Aktionäre, das wäre von untergeordneter Bedeutung, sondern der Gesellschaft selbst sich Sonderprivilegien auf Grund von Aktienmehrheiten verschafften. Sie erzwangen sich langfristige und ihnen gewinnbringende Beträge oder veranlaßten gar in ihrem Werte zweifelhaft, aber kostspielige Fusionen, nur um reiche Zwischen Gewinne zu machen. Diese Fragen sind mit der Scheidung in „Gelegenheits-“ und „Daueraktionäre“ nicht abzutun.

Julius Kaliski.

**Keramische Industrie**

**Späte Erkenntnis.**

Vor dem Kriege haben wir uns sehr oft mit den Ziegeleibesitzern darüber herumstreiten müssen, ob die Löhne in den Ziegeleien dem allgemeinen Lohnstand entsprechen, ob sie vor allem zur Führung einer angemessenen Lebenshaltung ausreichen. Wir haben das für die Regel bestritten, die Unternehmer haben das Gegenteil behauptet.

Jetzt, in der Kriegszeit, scheint auch bei den Ziegeleibesitzern die Erkenntnis einzuziehen, daß sie uns gegenüber, sagen wir einmal im Strium gewesen sind. Wir haben schon früher einige Annäherungen aus der Presse der Ziegeleibesitzer herübergeben können, in denen diese Erkenntnis aufleuchtete. Besonders deutlich tritt sie hervor in einem Vortrage, den Herr Ziegeleibesitzer W. D. a m =

Föhlen auf der von uns schon wiederholt besprochenen Tagung der Handelskammern in Braunschweig gehalten hat.

Was Herr Damköhler ausführte über die Notlage der Ziegelindustrie und über die Mittel zur Hilfe, können wir in diesem Zusammenhange übergehen.

Der Rückgang von 1912 bis 1913 ist gering und erklärt sich aus Konjunkturschwankungen; das Jahr 1914 zeigt schon deutlich den Einfluß der fünf Kriegsmomente, für 1915 beträgt die Erzeugung ungefähr ein Sechstel der in den beiden angeführten Friedensjahren erzeugten Menge.

Voraussetzung dafür wäre allerdings, daß die Ziegeleibesitzer ihre, sagen wir einmal eigenartige Stellung der Arbeiterschaft gegenüber aufgeben und sich bereit erklären, mit ihnen bzgl. ihren Vertretern als gleichberechtigte Partei zu unterhandeln.

„Einen Schwerpunkt in den erstrebenswerten Zielen (auf Hebung der Industrie) bilden die Löhne in der Ziegelindustrie, die ich scheue mich nicht, es hier offen auszusprechen, zum Teil nicht unerheblich hinter denen anderer, lebensfähigerer Industrien zurückgeblieben haben.“

Unter Punkt 7 seiner Vorschläge betont Herr Damköhler noch, daß auch „Wohlfahrts-Einrichtungen und Vorkehrungen in hygienischer Hinsicht“ in Ziegeleien im allgemeinen „sehr selten“ zu finden sind.

Ein solcher Zustand könnte beiden Seiten nützen. Den Unternehmern wie den Arbeitern würde er manche Sorge um die Zukunft nehmen, und der ganzen Industrie könnte durch gemeinsames Zusammenwirken Nutzen geschaffen werden.

Papier-Industrie

Der wirtschaftliche Aufschwung der Papierindustrie im Jahre 1916.

III

Von den Aktiengesellschaften der Papierverarbeitungsindustrie.

Als dritte Gruppe der Papierindustrie erscheinen im Rahmen unseres Verbandsgebietes die Betriebe der Papierverarbeitungsindustrie, die außer den Tapetenfabriken noch die Betriebe der Chromo- und Buntpapierfabrikation und der sonstigen Spezialpapiere erzeugenden Firmen umfassen.

Firmen im feindlichen Auslande erhebliche Forderungen stellen haben, deren Verlust sie befürchten müssen.

Am besten haben noch die Fabrikanten photographischer Papiere abgesehen, deren Erzeugnisse von der Heeresverwaltung recht begehrt sind.

Table with 10 columns: Firm name, Capital, Dividends 1916, etc. Includes firms like Chromo- and Buntpapierfabriken.

Table with 10 columns: Firm name, Capital, Dividends 1916, etc. Includes firms like A.G. für Buntpapier- und Leinwandfabrikation.

Merkmale: 1) Dresdener Albuminpapierfabrik: Auf jeden ausgelosten Genußschein wurden 20 Mark Dividende gezahlt.

4. Schlussbemerkungen.

Wie aus den vorhergegangenen drei Tabellen hervorgeht, haben fast sämtliche Firmen erhebliche Abschreibungen vorgenommen, um die Maschinen und Gebäude im Werte zu entlasten und dadurch auch nach dem Kriege verhältnismäßig günstige Geschäftsabläufe zu sichern.

Wesentlich sind auch die Tantiemen und Gratifikationen für die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder gestiegen, so daß die Herren bei anhaltender Kurzweilerei die Couponiere viel lieber schwingen werden.

Die Gewerkschaften für eine höhere Kartoffelration.

Die Generalkommission der Gewerkschaften hat in Gemeinschaft mit dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei folgende Eingabe an das Kriegsernährungsamt gerichtet:

Berlin, den 17. Dezember 1917.

Die hohe Bedeutung, die die Kartoffelversorgung im kommenden Jahre für die Ernährung der Bevölkerung beansprucht, veranlaßt uns, dem Kriegsernährungsamt die Besen zum Vortrag zu bringen, die wir gegen die bisher getroffenen Maßnahmen vorbringen müssen.

umfangreichen Verfüterung der Kartoffeln

verleitet. Auch der günstigste Ertrag der Ernte muß hierbei schnell aufgebraucht werden. In der letzten Zeit ist uns Mitteilung geworden, daß die Militärverwaltung erhebliche Mengen Kartoffeln zur Verfüterung freigibt; aus einer Erntepartition wird uns berichtet, daß täglich sieben Pfund Kartoffeln pro Pferd verfütert werden.

zu erhöhen. Die Gründe, die vom Kriegsernährungsamt gegen diesen Einspruch geltend gemacht werden, können wir nicht als berechtigt anerkennen. Das Kriegsernährungsamt stellt seiner Berechnung für die Kartoffelverfügung eine Ernte von 34,5 Millionen Tonnen zur Grundlage, während in landwirtschaftlichen Kreisen, wir bezühen uns dabei auf die Schätzung des Grafen Schwerin-Schwik, eine Ernte von 33 bis 40 Millionen Tonnen angenommen wird.

dreizehn, 1915 neun, 1914 acht und 1913 zwölf Firmen Dividenden. Außerdem waren die Dresdener Albuminpapierfabriken und die Vereinigten Fabriken photographischer Papiere in Dresden in der Lage, für jeden ausgelosten Genußschein noch 20 Mk., die Fabrik photographischer Papiere in Bernigerode sogar 160 Mk. Dividende zu verteilen.

Table with 10 columns: Firm name, Capital, Dividends 1916, etc. Includes firms like Vereinigte Fabriken photographischer Papiere.

Merkmale: 2) Vereinigte Fabriken photographischer Papiere in Dresden: Auf jeden ausgelosten Genußschein wurden 20 Mark Dividende gezahlt.

stiller Rücklagen, die aber nicht für jeden Uneingeweihten als solche erkennbar sein sollten, oder mit andern Worten: sie begünstigen die Bilanzverschleierungen, um dahinter die übermäßigen Kriegsgewinne verstecken zu können.

Der Arbeiterschaft ist die Möglichkeit der Bilanzverschleierung nicht gegeben, weil sie durch ihre traurige Entlohnung gar nicht in die Lage kommen, Ueberschüsse zu erzielen.

rechnet mit einer Anbaufläche von 2,36 Millionen Hektar. Das würde einen Rückgang der Anbaufläche um über eine Million Hektar gegen das Jahr 1915 bedeuten.

Verdächtigend wir, daß bei dem Mangel an Fett, Fleisch, Hülsenfrüchten, Brot und Mehl der Bedarf an für die Ernährung notwendigen Kartoffeln erheblich gesteigert wird, auch der erhoffte Ausgleich im Konsum vor Genuß nicht eintreten konnte, weil hier die Ernte den Bedarf nicht deckt.

Ergebnis: G. Legien, Fr. Ebert.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Erhöhung der Krankentafelleistung.

Durch eine Bundesratsverordnung vom 22. November wird den Krankenkassen die Möglichkeit gegeben, ihre Leistungen an die erkrankten Mitglieder zu erhöhen. Nach § 152 der R.-S.-O. haben die Krankenkassen Krankengeld in der Höhe des halben Grundlohns für jeden Arbeitstag zu gewähren.

Hier steht nun die neue Bundesratsverordnung ein, indem sie be- stimmt, daß der durchschnittliche Tageslohn im ersten Falle bis auf 8 M. und im zweiten Falle bis auf 10 M. erhöht werden kann.

Weiter wird den Orts-, Land-, Betriebs- und Innungsstellen, bei denen Beiträge bis zu 4 1/2 Prozent des Grundlohns zur Deckung der Regelleistung ausreichen, gestattet, Mehrleistungen zu gewähren und zu dem Zweck durch übereinstimmenden Beschluß der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer im Ausmaß der Beiträge bis auf 6 Prozent des Grundlohns zu erhöhen.

Demnach dürfen die Kassensatzungen mit Zustimmung des Oberver- sickerungsamtes dahin abgeändert werden, daß das Krankengeld abgestuft wird, je nachdem, ob der Versicherte ledig oder verheiratet ist, und nach der Zahl der Kinder und sonstigen Angehörigen, die er zu unterhalten hat.

Schließlich bringt die neue Bekanntmachung eine Erweiterung der Wochenhilfe für uneheliche Kinder. Nach der Bundesratsverordnung vom 23. April 1915 ist der Anspruch auf Wochenhilfe auch den Mütter- nenniger Kinder zugestanden, wenn sie selbst zwar keiner Krankenkasse angehören, der Vater aber Kriegsteilnehmer ist und für das Kind die Familienunterstützung gewährt wird nach der Vorschrift des Gesetzes über die Unterstützung der in den Dienst eingetretenen Mannschaften in der Fassung vom 4. August 1914.

### Genossenschaftsbewegung.

Die Konsumvereine während des Krieges.

Von Adolf Kupprecht.

Von den 2376 feststehenden deutschen Konsumvereinen gehören zwar nur 1110 dem Zentralverband deutscher Konsumvereine an, doch stellen diese an Mitgliederzahl, Umsatz und innerer Kraft den lebensfähigsten Teil der deutschen Konsumgenossenschaftsbe- wegung dar.

Table with 3 columns: Item, 1913, 1916. Rows include Mitglieder, Eigenumsatz, Eigenproduktion, etc.

Ein Vergleich mit den vorher genannten, für alle deutschen Konsumvereine gültigen Zahlen ergibt, daß der Zentralverband deutscher Konsumvereine nicht nur drei Viertel bis vier Fünftel aller in den deutschen Konsumvereinen angeschlossenen Mitglieder und des von ihnen geleisteten Umsatzes umfaßt, sondern daß auch der weitaus größte Teil der in den Kriegsjahren gemachten Fortschritte auf ihn entfallen.

Wie sehr sich einzelne Konsumvereine während des Krieges ent- wickelt und stetigen, mögen einige Beispiele zeigen. Die Berliner Konsumgenossenschaft hat in der Zeit von 1914 bis 1917 die Mit- gliederzahl von 86 514 auf 108 122, den Umsatz von 17,3 Millionen auf 26,6 Millionen, die Sparumlagen der Mitglieder von 5,3 auf 11,8 Millionen, die Geschäftsumsätze der Mitglieder von 1,06 auf 1,95 Mil- lionen und die Reserven von 187 000 M. auf 607 000 M. erhöht.

Die für sich einzeln Konsumvereine während des Krieges ent- wickelt und stetigen, mögen einige Beispiele zeigen. Die Berliner Konsumgenossenschaft hat in der Zeit von 1914 bis 1917 die Mit- gliederzahl von 86 514 auf 108 122, den Umsatz von 17,3 Millionen auf 26,6 Millionen, die Sparumlagen der Mitglieder von 5,3 auf 11,8 Millionen, die Geschäftsumsätze der Mitglieder von 1,06 auf 1,95 Mil- lionen und die Reserven von 187 000 M. auf 607 000 M. erhöht.

Wird als ob die Konsumvereine während des Krieges besonders Heilung gesucht hätten, ist die Befähigung und ihre Beweglich- keit zu erörtern zu sein. Sehr beachtliche Klagen werden über die teilweise Behinderung durch überhöhten Preisdruck geführt, und vieles wird erst nach dem Kriege an der Tagesordnung werden was an Hindernissen und Erschwerungen den Konsumvereinen in dem Weg gelegt wurde und wird. Allein die unerschöpfliche und handliche Ausbeutung des Handelsbetriebes der Großeinzelhandelsge- sellschaften scheint mit der Kenntnis von mehreren Fabriken und Ge- werkschaften vorhandenen Anlagen und her damit nicht weniger als 35 Millionen Mark Ausgaben betragen. Auch von einzelnen Konsumvereinen sind Maßnahmen angestrebt und die Mittel dazu beschaffen.

daß nicht durch Hineintragen von außerhalb des Aufgabengebietes der Konsumvereine liegenden Streitigkeiten unnötigerweise eine Schwächung der Bewegung herbeigeführt wird, die nur den Interessen der Privatwirtschaft entspreche. Die deutsche Ar- beitererschaft darf auf die Kriegserregungschaften und Leistungen ihrer Konsumvereine stolz sein und hat alle Ursache, auch nach dem Kriege der Konsumgenossenschaftlichen Organisation Vertrauen entgegenzubringen.

### Berichte aus den Zahlstellen.

Hamburg. Die Arbeiterchaft der Deutschen Erdölwerke, A.-G. in Wilhelmshagen a. d. Elbe, beauftragte den Arbeiterausschuß, der Direktion eine Forderung auf Erhöhung der Grundlöhne um 10 Pf. und der Teuerungszulage um 7 Pf. pro Stunde zu unterbreiten.

Die Arbeiterchaft der Köln-Rottweiler Pulver- fabriken, Zweigniederlassung Dürenberg, hatte, wie wir bereits in Nr. 45 des „Proletariers“ berichtet haben, den Arbeiterausschuß beauftragt, der Direktion eine Forderung auf Erhöhung der Löhne, Ver- besserung der sanitären Einrichtungen usw. zu unterbreiten.

Am 15. Dezember wurde dann durch Anschlag im Betrieb folgendes bekanntgegeben: „Mit Rücksicht auf den Eintritt der kalten Jahreszeit und die schwierige Beschaffung von Bekleidung und Schuhwerk bewilligen wir mit Genehmigung des Herrn Kommerzienrat Dr. Dattenhofer vom 1. d. M. an eine weitere Kriegszulage zum Arbeitslohn: 1. den Heizern, Vorarbeitern, Holzern, Pressführern und Arbeitern, aus- schließlich der Werkstätten, pro Tag 1 M., 2. allen übrigen Arbeitern und Arbeiterinnen, ausschließlich Werkstätten, pro Tag 50 Pf., 3. die Kinderzulage wird von 25 Pf. auf 50 Pf. erhöht, einschließlich Werk- stätten. Zur Erreichung einheitlicher Lohnsätze kommen die 5-, 10- und 15-Pf.-Beträge, die durch die 5prozentige Zulage vom Mai 1916 ent- standen sind, in Fortfall.

Mit diesen Zulagen erklärten sich die Arbeiter einverstanden, da die 5prozentige Zulage vom Mai 1916 nur für einige Arbeiter in Betracht kam und andererseits für die Werkstätten-Arbeiter Verbesserungen nicht ge- stellt waren.

Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Kriegs- zulage nicht dem eigenen Willen der Direktion entsprungen, sondern das Ergebnis der Verhandlung mit den Leitern der Organisation vor dem Schlichtungsausschuß ist. Für sämtliche Arbeiterinnen und Arbeiter der Fabrik ergibt sich daher die absolute Notwendigkeit, daß sie sich, wenn ihre Interessen mit allem Nachdruck vertreten werden sollen, auch der Organisation anschließen. Offenbar wird auch den Unorganisierten endlich klar, daß es auch ihre Pflicht ist, sich dem Verband der Fabrik- arbeiter anzuschließen, um so mehr, wenn ihre Forderung auf Schaffung besserer sanitärer Einrichtungen Gehör finden soll.

Wir wollen nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Kriegs- zulage nicht dem eigenen Willen der Direktion entsprungen, sondern das Ergebnis der Verhandlung mit den Leitern der Organisation vor dem Schlichtungsausschuß ist. Für sämtliche Arbeiterinnen und Arbeiter der Fabrik ergibt sich daher die absolute Notwendigkeit, daß sie sich, wenn ihre Interessen mit allem Nachdruck vertreten werden sollen, auch der Organisation anschließen. Offenbar wird auch den Unorganisierten endlich klar, daß es auch ihre Pflicht ist, sich dem Verband der Fabrik- arbeiter anzuschließen, um so mehr, wenn ihre Forderung auf Schaffung besserer sanitärer Einrichtungen Gehör finden soll.

Wesdorf (Hb.). Um den in den Sprengstoff- und chemischen Fabriken zu Wiesdorf-Leveringen und Umgegend beschäftigten Kollegen und Kolleginnen von dem derzeitigen Stand unserer Eingabe an die Direktionen Kenntnis zu geben, fand am Mittwoch, dem 12. Dezember, im Kaiserpalast eine gut besetzte Versammlung statt. Der Referent, Kollege Hertwig, gab zunächst eine Übersicht über die Vorgeschichte der Ein- gabe und brachte dann den Briefwechsel zur Verlesung. Aus der Antwort des Vereins der chemischen Industriellen geht hervor, daß dieser der Auf- fassung ist, die Wünsche der Arbeiter und Arbeiterinnen, die in der Eingabe wiedergelegt sind, seien zur Regelung der Arbeiteransprüche der einzelnen Werke zu übernehmen. Da dies aber bei der verschiedenen Art der Ein- gliederung, Arbeitszeit usw. in den in Betracht kommenden Fabriken zu einem betrübenden Ergebnis führen dürfte, wendeten sich die Vertreter der in Betracht kommenden Verbände an den Herrn Regierungspräsidenten zu Köln zwecks einer eventuellen Vermittlung. Es fand dann mit dem Vertreter des Vereins, Herrn Geh. Oberregierungsrat von Büttgen, eine Sitzung statt, an der jeweils amtes Verbandes Generalsekretär Paul sowie die Kollegen Hertwig und Herrmann und Scheidt sehr vom Christlichen Gewerkschaftsverband teilnahmen. Das Ergebnis der Sitzung war, daß die Regierung versuche, eine Zusammenkunft mit den Vertretern der Fabriken zu ermöglichen. Leider ist dies, wie der Regierungspräsident mitteilt, nicht gelungen. Kollege Hertwig und Kollege vom christlichen Verband wurden dann beim Kriegsrat in Berlin persönlich vorstellig. Die Prämisse brachte dort das Ergebnis, daß die Kriegsratsstelle in Koblenz weitere Verhandlungsversuche baldigt in die Wege leiten soll. Kollege Hertwig ist der Auffassung, daß es möglich sein dürfte, in kurzer Zeit mit den Vertretern der Werke zu Verhandlungen zu kommen. Er gibt dazu noch weitere Kenntnis von einem Geheimprotokoll, das über Verhandlungen berichtet, an der Vertreter der einzelnen Werke teilnahmen, um Maßnahmen zu treffen, damit eine gleichmäßigere Entlohnung der Arbeiter und Arbeiterinnen ermöglicht werden soll. Zum Schluß forderte er die noch Unorganisierten auf, sich baldigt dem Verbande anzuschließen. Scheidt sehr erging dann noch die Ausführungen.

Als Diskussionsredner nahm zuerst Herr Dr. Büchel, Sozialsekretär der Fabrikwerke Bayer u. Co., das Wort. Einleitend bemerkt er, daß er nicht als Vertreter der Firma erschienen sei, sondern lediglich als Privat- person. Die Schlussfolgerungen des Referenten bezüglich des Protokolls seien nicht richtig. Die betreffende Kommission habe zunächst nur den Zweck, bei den Anwerbungen für Arbeitskräfte Direktiven zu geben, natu- gemäß würden auch andere Arbeiterfragen behandelt. Niemals habe die Firma Bayer versucht, dahin zu wirken, daß die Lohn- und Arbeits- verhältnisse in den andern Fabriken verschlechtert werden sollten. Die Be- schaffung der Rohstoffe sei auch so einfach nicht, wie dies Herr Flohr aus- gesprochen habe. Wichtig sei, daß die Betriebsergebnisse in den letzten Jahren gute gewesen seien, die Kapitalvermehrung bezwecke nur, Vor- sorge zu treffen für die eventuell kommenden Wirtschaftskämpfe, die die Betriebe Deutschlands planen. Das Zusammenarbeiten des Ausschusses mit der Direktion sei erzeitlicherweise besser geworden; er verhehle nicht, darauf hinzuweisen, daß Herr Geh. Rat Dr. Büttgen trotz seiner immensen Arbeitslast die Sitzungen persönlich leite. Ob sich bezüglich der gemeinsamen Verhandlung über die Eingabe eine Basis finden werde, könne er nicht sagen, möglich sei dies trotz der vorhandenen Schwierig- keiten.

Nach Erwiderungen des Kollegen Hertwig und verschiedener anderer Kollegen nahm Kollege Herrmann das Wort, der den Kollegen und Kolle- ginnen die Bedeutung der Organisation klar machte. Er forderte weiter zum eingehenden Lesen des Fachblattes auf, gelebte Nummern dürfe man niemals achtlos weglegen, sondern müsse sie den Unorganisierten geben. Wenn auch der Mitgliederzuwachs in der Zahlstelle ein erfreulicher sei, so dürfe andererseits nicht verkannt werden, daß noch eine größere Anzahl von Unorganisierten den Verbandsbestrebungen gleichgültig gegenüberstehe. Hier sei die Mitarbeit aller Organisierten notwendig, um sie für den Verband zu gewinnen. Eine Anzahl Neuaufnahmen waren das praktische Ergebnis der Versammlung. Hoffentlich können wir bald von einem er- freulichen Ergebnis der Verhandlungen berichten.

### Rundschau.

Der umgekehrte Krispin.

Der Hl. Krispin hat, der Legende nach, den Reichen das Leder ge- stohlen, um den Armen Schuhe daraus machen zu können. Heute gibt es nicht wenig umgekehrte Krispime, die den Armen das Leder stehlen, um den Reichen Schuhe daraus machen zu können. Nach moderner ver- fahrt, wenn eine Nachricht der „Frankfurter Volksstimme“ (Nr. 298 vom 20. Dezember 1917) zur Hand kommt, die die Kriegserdegesellschaft, diese hat näm- lich die von der Stadtgemeinde in Dienbach zum Besten der Einwohner errichtete Schuhfabrik zwangsweise geschlossen. Warum? Zur Befähigung verärgerter Schuhfabrikanten! Die Ein- wohnerzahl dürfte jedoch hoffen, daß ihr wenigstens die großen Polster- ierter Ware zugute kommen würden. Aber die Gemeinde denkt und Berlin denkt! Wie die Schuhfabrikanten die Stilllegung der Fabrik er- wartet haben, so können jetzt die Schuhhändler beglückt verzeichnen, daß ihr Bemühen erfolgreich war; die Zentrale in Berlin hat das ganze Lager beschlagnahmt lassen; außer dem Vorrat der der Kriegsvorbereitung zugewidmet war, darf von der Stadt kein Paar Schuhe mehr herausgegeben werden. Den Händlern werden die Vorräte zugeführt, die Händler sollen nochmals ihren rechtmäßigen Ver- dienst von 25 Prozent daraufschlagen (in Wirklichkeit wird die Ver- teuerung viel beträchtlicher ausfallen!), der Händlergewinn wird gestrichelt, der Gemeinnützigkeit wird das Genid umgedreht. Was alles daraus sich entwickeln wird, das kann sich nach den missenhaft gemachten Er- fahrungen jeder denken. Alle beschlagnahmten Schuhe werden rasch ver- teuert — und ein Teil der Schuhe wird direkt verschoben werden oder als Tauschgegenstand für andre Erhebungen dienen. Die Gemeinde hat gemeinnützig gewirtschaftet und wollte ihren Einwohnern nützlich sein, die staatliche Bureaokratie aber bringt unweigerlich nur die Verstärkung der gemeinnützligen Absicht, sondern die Verteilung ins Gegenteil.

### Verbandsnachrichten.

Die Schlussberichte über Lohnbewegungen im Jahre 1917 müssen nunmehr unverzüglich eingeleitet werden.

Der Vorstand.

Statistik.

Blauel Monatskarten — Gelbe Quartalskarten.

Mit dem 31. Dezember geht das vierte Quartal 1917 zu Ende. Wir bitten deshalb, bis spätestens 4. Januar 1918 die gelben Berichtskarten nach Hannover zu senden.

Bis zum gleichen Datum müssen auch die blauen Monats- karten eingeleitet sein.

Zahlstellen, die die beiden Karten nicht oder zu spät einsenden, werden im „Proletarier“ namentlich bekanntgegeben.

Soweit keine Berichtskarten am Orte mehr vorhanden sind, können solche beim Vorstand bestellt werden.

Zur Beachtung für die Bevollmächtigten!

Die Ausgaber aller Unterstützungen, besonders der Erwerbslosen- unterstützung, werden dringend gebeten, die Belege so deutlich als möglich zu schreiben, vor allem die Zahlen und Buchnummern genau zu beachten. Auf allen Belegen ist die neue, zur Zeit der Unterstützung gültige Mit- gliednummer deutlich und richtig einzutragen. Diese neue Nummer darf nie vergessen oder mit der alten verwechselt werden.

Die Aussteller der Bücher werden ersucht, auf den vollen Büchern oder Karten die Nummer des neuausgestellten Buches aufzuschreiben. Dadurch wird der Zahlstelle das Ordnen und Nachsuchen, der Hauptstelle das Kontrollieren und Eintragen in die Kartothek wesentlich erleichtert, bei Verlust einer Mitgliedskarte ein Nachweis erst ermöglicht. Die vollen Bücher und Karten sind mit den dazu gehörenden Listen immer so schnell als möglich einzusenden.

Neue Adressen und Adressenänderungen.

Eisenach. Otto Kalbe, Frankfurter Straße 30. Kiewit. Peter Juch, Wlad. Seimbach Nr. 10. Raabach (St. Kiewit). Gau 14. Karl Frauzem.

Lokalbeiträge.

Kassensatz: 10 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder.

### Geschäftsführer gesucht.

Die Zahlstelle Dresden

Sucht für sofort einen tüchtigen Geschäftsführer. Bewerber müssen über gute reduzierende Fähigkeiten verfügen, firm le- ber und ungenügend und zur Führung von Kasseneinträgen geeignet sein. Bewerberzusammenfassung und unter Verantwortung der Zahlstelle bis zum 14. Januar 1918 an die unterzeichnete Adresse einzusenden:

1. Die Angaben meines Verbandes. 2. Wie nimmt man die Revision einer Zahlstelle vor? Das Formular ausfüllen ist notwendig und unter Vorhaltung eines Lebenslaufes mit der Aufschrift „Bewerbung“ einzureichen. Erwünscht ist eine Mitteilung über das jetzige Arbeits- und Mitarbeiterverhältnis sowie des traktierten Austrittstermins. Gustav Neuring, Dresden-A., Schützenpl. 20, III.